

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im
Gemeinderat Leonberg für das Jahr 2023**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister der Stadt Leonberg, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid, sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner, meine Damen und Herren,

der Planentwurf ist fürwahr kein Glanzstück. Er zeichnet lediglich die noch nicht umgesetzten Beschlüsse des Rates der vergangenen Jahre und die zusätzlichen Wünsche von Teilen der Verwaltung für das Jahr 2023 ab.

Hätten Sie nur ansatzweise die Hinweise der Rechtsaufsichtsbehörde anlässlich der Genehmigung des laufenden Haushaltes berücksichtigt, wonach „eine stringente Begrenzung der Verschuldung und gegebenenfalls eine Kürzung bzw. Priorisierung des Investitionsprogrammes und eine zeitliche Streckung geprüft werden“ muß, so wäre der Planentwurf eine tatsächliche Diskussionsgrundlage.

Aber Sie, Herr Oberbürgermeister, hatten ja, wie wir mittlerweile erfahren haben, Anderes zu tun.

Sie haben wohl Niccolo Machiavelli (1469-1527) nicht verstanden, der einst sagte:

„Nicht der Titel verleiht dem Manne Glanz, sondern der Mann dem Titel“.

Der Planentwurf für das kommende Jahr ist geprägt von einer vorgesehenen Kreditaufnahme in Höhe von 32 Mio EUR. Im Planungszeitraum bis 2025, dem Jahr der nächsten turnusmäßigen Oberbürgermeisterwahl, ist eine zusätzliche Kreditaufnahme von 89 Mio EUR, also mehr als eine Verdoppelung des bisherigen Standes vorgesehen. Die finanziellen Rücklagen werden bis dahin fast vollständig aufgebraucht sein. Nur so lässt sich jeweils der Haushaltsausgleich und die Genehmigungsfähigkeit schaffen. Fürwahr keine verlockende Perspektive.

In den letzten Jahren haben wir vor steigenden Zinsen gewarnt – jetzt sind sie da und werden uns die nächsten Jahrzehnte belasten.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass derzeit die Steuerhebesätze unverändert bleiben.

Auf der Ausgabenseite stehen künftig Positionen an, die wir teilweise nur wenig beeinflussen können, und die den Haushalt belasten werden, wie beispielsweise eine höhere Kreisumlage, die inflationsbedingten Preissteigerungen und die steigenden Zinsen.

Umso schmerzhafter wirkt jetzt, dass wir in den zurückliegenden Jahren immer aus dem Vollen geschöpft haben. Aufwand für in den Papierkorb getretene Planungen wie z.B. eine Seilbahn, eine neue Stadthalle, hätten wir uns sparen sollen.

Bereits in der Vergangenheit wurde mehrfach, nicht nur von den Freien Wählern moniert, dass die Beschlüsse, deren Abarbeitung im Rückstand

sind, umgesetzt werden müssen, bevor weitere Ausgaben angestoßen werden.

Im Nachgang zur Haushaltslesung haben wir von der Verwaltung die Information erhalten, dass in den zurückliegenden Jahren jährlich nur ca. 60 % der jeweiligen geplanten baulichen Maßnahmen umgesetzt werden konnten.

Also sollten wir realistischerweise auch mindestens einen Anteil von 25 % der geplanten Projekte abplanen. Dazu benötigen wir für alle Baumaßnahmen über 250.000,-- € die Auflistung der Förderung in Prozent und Euro, und, bis wann dort die zugesagten Förderungen abgerufen werden müssen. Dies hilft uns bei der Priorisierung.

Ich weiß nicht, ob dies seitens der Verwaltung im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen noch umgesetzt werden kann. Ich sehe jedoch eine Zustimmung unserer Fraktion zum Haushalt vor diesem Hintergrund für fraglich.

Über umfangreiche Straßenumgestaltungsmaßnahmen ließ die Verwaltung trotz Kenntnis vom bereits bestehenden Ausgabenstau abstimmen, und hat so die Lage verschärft.

Wir sagen es ganz deutlich: „Was ist wichtiger: Die Umgestaltung einer in baulichem Zustand durchaus ordentlichen Straße, wie der Leonberger und Brennerstrasse, oder die Sanierung von bestehenden bzw. Erneuerung nicht mehr tauglicher Schulen?“

Für uns ist klar: Priorität hat die Schulsanierung in Höfingen, Gebersheim und der dringend notwendige Neubau der Grundschule in Warmbronn, wie auch der Bildungscampus Ezach.

Eindrucksvoll war für uns Freie Wähler im Rahmen der Haushaltslesung auch der öffentlich über die Umsetzung des Ausbaus des Gehwegs entlang der Lindenstraße im Bereich der Layher-Bebauung geführte verwaltungsinterne Disput. Während die Bauverwaltung sagte, dass diese Baumaßnahme im Jahr 2024 fertig gestellt sein muss, da ansonsten die Förderung verloren ginge, wollte das Referat für Mobilität noch weitere Untersuchungen abwarten, insbesondere über die Varianten eines Radweges und erst dann an die Baumaßnahme gehen, selbst wenn Förderung verloren ginge. Hier sieht man deutlich, wie unabgestimmt und widersprüchlich die Verwaltung arbeitet. Nach unserer Auffassung ist das Referat für Mobilität falsch zugeschnitten und organisatorisch falsch angeordnet.

Personalwesen

Die Stellenausweitung im Bereich der Kinderbetreuung tragen wir mit.

Gleichwohl äußern wir Zweifel, ob die erforderliche Anzahl der Personen bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage zur Stadt Leonberg kommen werden.

Die Verwaltung wünscht sich ausweislich vorliegendem Planentwurfs für den eigentlichen Verwaltungsbereich (einschließlich Ordnungsamt) 13 zusätzliche und unbefristete Personalstellen .

Diese werden von uns abgelehnt.

Bevor neue zusätzliche Stellen geschaffen werden, sollten die bereits vorhandenen besetzt werden, was aufgrund einer generellen Personalknappheit gerade auch in Leonberg zunehmend schwieriger wird.

Wenn die Stadt Leonberg auf Bewerbungen innerhalb von 4 Wochen nicht reagiert, braucht man sich nicht wundern, daß Bewerber, welche von umliegenden Kommunen auf ihre Bewerbung innerhalb von 3 Tagen eine Reaktion erfahren, sich einen anderen Dienstherrn wählen. Nichtreaktion auf Bewerbungen bedeutet Geringschätzung. So werden wir unsere unbesetzten Stellen noch ausweiten und nicht abbauen.

Einen weiteren Grund, weswegen wir zusätzliche Stellen, insbesondere im Bereich der Ordnungsbehörde nicht unterstützen ist die Tatsache, dass uns erst vor wenigen Monaten auf Nachfrage im Rahmen der Beschaffung von Geschwindigkeitsüberwachungsgeräten gesagt wurde, die Bearbeitung durch das „Back Office“ sei sichergestellt. Nachdem wir mittlerweile aus der Verwaltung erfahren mussten, dass dies gerade nicht der Fall ist, werden wir die Schaffung zusätzlicher Stellen nicht mittragen.

Zudem wäre es auch nicht damit getan, neue Stellen zu bewilligen, sondern es müssten auch die räumlichen Ressourcen geschaffen werden, so dass sich das ganze vor diesem Hintergrund erübrigt.

Immerhin wurde dem Rat vom Oberbürgermeister vorgehalten, dass das man

selbst Schuld an dem Entzug der Fraktionszimmer sei, weil man zu viele zusätzliche neue Stellen schaffen würde.

Infrastruktur/Straßenbau/Radwege

Das von uns bereits seit Jahren geforderte Gesamtkonzept zur Straßenplanung liegt immer noch nicht vor. Stattdessen werden jeweils einzelfall- und anlassbezogenen Maßnahmen geplant und umgesetzt.

Aufgrund der Haushaltslage sollten wir aus der Stadt von Morgen eine Stadt für Übermorgen machen und den Teil der Planungen, die nicht gänzlich in der Schublade verschwinden werden, zeitlich strecken. Aber für das konkrete Vorgehen sind auch hier die Zahlen der Förderung und die zeitliche Befristung der Förderprogramme maßgeblich. Wir hinterfragen ausdrücklich den Ansatz von 100.000 € für ein zusätzliches Verkehrsmodell.

Für die Gemeindestraßen sowie die Stadtentwicklung und städtebauliche Planung sind im Planentwurf 6,2 Millionen € für das Jahr 2023 eingestellt. Zum Vergleich: Für die Wohnbauförderung und Wohnungsversorgung sind im gleichen Zeitraum lediglich 700.000 € eingeplant.

Wir fragen uns, weswegen der Finanzierung der Gemeindestraßen bei der derzeitigen Finanzlage eine derart hohe Priorität eingeräumt wird. Unserer Meinung nach gibt es wichtigere Dinge, weswegen hier Potenzial zur Kürzung bzw. zeitlichen Streckung gesehen wird.

Die fragmentarischen kombinierten Bus- und Radspuren im Bereich des Verkehrsversuchs Brennerstraße/Eltingerstraße stellen eine Irritation der Nutzer und damit einhergehend ein erhöhtes Gefahrenpotenzial dar. Eine Zementierung in Beton und Asphalt ist für uns nicht denkbar. Begleitende Radangebotsstreifen statt baulicher Umgestaltung würden von uns jedoch mitgetragen .

Im Rahmen der Beratungen über den anstehenden Flächennutzungsplan ist die Grundsatzentscheidung zu treffen, ob, gegebenenfalls um wie viel, und wo die Stadt noch wachsen soll. Hier sind potentielle Entwicklungsflächen vorzusehen, was jedoch nicht bedeutet, dass diese auch umgesetzt werden müssen. Wir sehen derzeit, nach Vollendung der bereits angestoßenen Baugebiete (Schützenrain, Berliner Straße, Stadtumbaugebiet und hinsichtlich der Gewerbeflächen im Bereich von Gebersheim und Höfingen), für das Wachstum und auch die Finanzierung von damit einhergehenden Infrastrukturmaßnahmen wie Kindergärten, Schulen, Mensen, und Sporthallen, einen Konsolidierungsbedarf.

Und, was auch im Rahmen der Klimaerwärmung zunehmend an Bedeutung gewinnt: Unsere Wasserversorgung hat Grenzen, die bei weiterem Wachstum überschritten werden können.

Im Bereich des Feuerwehrwesens sind in 2023 Investitionen in der Größenordnung von 3,5 Millionen € geplant. Darunter sind wieder diverse Fahrzeugbeschaffungen, vorrangig jedoch bauliche Maßnahmen für die

Teilortfeuerwachen. Diese baulichen Maßnahmen erachten wir als notwendig. Sie sollten jedoch zeitlich gestreckt werden, mit der Folge, dass die Investitionssumme in den einzelnen Jahren niedriger geplant werden kann. Wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen, beantragen wir, die städtischen Bauplätze am Heckenweg an den Markt zu bringen und insoweit die Planungsgrundlagen zu schaffen. Dies dient der Erzielung außerordentlicher Erträge, um den Anstieg der Verschuldung und die damit einhergehende Zinsbelastung für künftige Generationen abzumildern. Im Bereich der Radwege Richtung Glemseck und Richtung Ditzingen ist wiederum nichts geschehen. Gerade weil hier das Land der Baulastträger ist, ist es für uns umso unverständlicher, dass auf politischer Ebene die Ausweitung des Radverkehrs gefordert wird, das Land jedoch selbst in weiten Teilen untätig bleibt. Wir verkennen aber nicht, dass die Stagnation im Bereich des Radweges Richtung Ditzingen auch durch nicht geführte Grundstücksverhandlungen seitens der Stadt bedingt sind.

Rathäuser

Bevor, wie von der Verwaltungsspitze angeregt, über die Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten für die Kernverwaltung nachgedacht wird, sind sämtliche alternativen Möglichkeiten zur Raumeinsparung und Effektivitätssteigerung auszuloten und zu bewerten. Hierzu gehört auch die Ermittlung des Potenziales für Home-Office.

Wir fordern nach wie vor die Aufrechterhaltung der Nutzung des Alten Rathauses am Marktplatz als Verwaltungsstandort. Zu diesem Zweck sind dort künftig die notwendigen Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten vorzunehmen.

Einer Umwidmung des Alten Rathauses erteilen wir eine Absage. Die bereits vorgeschlagene Umnutzung des Erdgeschosses in eine Gastrofläche erübrigt sich vor dem Hintergrund, dass in unmittelbarer Nähe entsprechend nutzbare Gebäude leer stehen.

Alte Schuhfabrik

Der Herr Oberbürgermeister wollte bereits vor mehr als einem Jahr ein Investorenauswahlverfahren auf den Weg bringen. Geschehen ist bislang nichts. Derzeit ist ein solches Modell nunmehr in der Haushaltsplanung vorgesehen. Kontraproduktiv ist jedoch, wenn verwaltungsintern diese Räumlichkeiten zum Abhalten anderweitiger Veranstaltungen reserviert und verplant werden. Es wurde bereits in der Vergangenheit von mehreren Gruppierungen im Gemeinderat auf den maroden Zustand des Gebäudes hingewiesen. Wie wir mittlerweile erfahren mussten, wurden seitens der Verwaltung im Rahmen eigener Zuständigkeit Stützmaßnahmen und Abdichtungsarbeiten veranlasst. Wir beantragen hiermit die Offenlegung der uns als Stadt durch die Beheizung der Immobilie mit Elektroheizlüftern entstandenen Kosten im Hinblick auf den Stromverbrauch von der Zeit

September 2021 bis April 2022 in Kilowattstunden und Euro.

Es muss klar sein, dass in dieses marode Gebäude keinerlei städtische Mittel mehr investiert werden.

Schulen/Kindertageseinrichtungen

Hinsichtlich dieser Positionen werden die von der Verwaltung vorgesehenen baulichen und personellen Maßnahmen sowohl in der Kernstadt, wie auch in sämtlichen Teilorten, von uns mitgetragen. Lediglich im Hinblick auf die Umsetzbarkeit von Bauvorhaben sind diese zeitlich zu strecken, so dass der Haushalt eine teilweise Entlastung erfährt.

Stadthalle

Wir begrüßen es, dass sich die Verwaltung nunmehr offiziell zur Sanierung der Stadthalle bekannt hat. Es hat lange genug gedauert, bis sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass für einen Neubau notwendige finanzielle Mittel fehlen.

Verschiedenes

Wir Freien Wähler stehen zu unseren Zusagen gegenüber den Vereinen und Kirchen. Auch weiterhin unterstützen wir im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel, beispielsweise die Sanierung von Sportflächen und Kirchtürmen.

Zudem stehen wir zum Erhalt des Hubschrauberstandortes am Krankenhaus Leonberg.

Im Bereich der Inneren Verwaltung ist für das Jahr 2023 für den Aufwand für Sach- und Dienstleistungen ein um 41 % höherer Betrag, damit 3,7 Millionen € mehr als im zurückliegenden Jahr, eingeplant. Nachdem die Strom- und Gaspreise bis zum Jahresende 2023 aufgrund von Sammelausschreibungen auf altem Niveau festgeschrieben sind, ist dieser höhere Ansatz insgesamt inakzeptabel. Ein Sparwille ist nicht ansatzweise erkennbar.

Auch im Jahr 2023 sind wieder viele Fahrzeugbeschaffungen vorgesehen.

Wir beantragen für sämtliche Fahrzeuge einen Sperrvermerk. Dies sowohl für die Veräußerung der Altfahrzeuge, wie auch für die Neubeschaffung.

Nachdem uns mitgeteilt wurde, dass zahlreiche Stellen im Bereich des Baubetriebshofes nicht besetzt sind, muss hinterfragt werden, ob und welche Fahrzeuge aktuell zwingend zur Ersatzbeschaffung notwendig sind. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Verwaltung teilweise auf Elektrofahrzeuge und Pritschenwagen umstellen will. Dies würden wir bei entsprechender Förderung, welche die zusätzlichen Kosten wenigstens annähernd ausgleicht, auch begrüßen. Insoweit bitten wir um ergänzende Informationen. Für die Straßenverkehrsbehörde soll ein Anhänger mit mobiler Geschwindigkeitsüberwachungsanlage angeschafft werden.

Da wir der Überzeugung sind, dass wir mit der vorhandenen Personalausstattung und den bereits beschafften Überwachungsanlagen im Bereich des

Back-Office voll ausgelastet sind, beantragen wir, die entsprechende Beschaffung ersatzlos zu streichen. Im Gegenzug beantragen wir, den Ansatz der zu erwartenden Bußgelder wie im Haushaltsplan beschrieben, beizubehalten. Aufgrund fehlenden Personals ist nicht mit einem erhöhten Einnahmeaufkommen zu rechnen.

Einen weiteren Ausbau des unter dem Oberbürgermeister von einem Pressesprecher zu einem Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mutierten Abteilung lehnen wir bezüglich sächlicher, räumlicher, wie auch finanzieller Ausstattung, ab. Selbstdarstellung ist nett, aber nicht notwendig.

Eine Teilnahme am European Energy Award i.V.m. den hierfür erforderlichen Beratungskosten lehnen wir in Anbetracht der Haushaltslage ab.

Hinweisen möchte ich zudem auf eine Position, deren Anstieg vorhersehbar war, wo jedoch unsere Hinweise ignoriert wurden. Bei der Fremdvergabe für die Landschaftspflege ist ein Kostenanstieg um 182.000 € zu vermerken.

Dies sind auch Folgekosten für die nunmehr im Auftrag durch Fachfirmen vorzunehmende Pflegemaßnahmen, welche in der Vergangenheit durch Landwirte für die Stadt kostengünstig erledigt wurden.

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich bei Ihnen im Namen der Fraktion der Freien Wähler für Ihre Aufmerksamkeit sowie die Zusammenarbeit bedanken. Der Verwaltung,

insbesondere der Kämmereramtseiterin, Frau Gräter, danke ich für die Erstellung des Planentwurfes. Es ist uns bewusst, dass die von uns vorgeschlagenen Änderungen weit über das übliche Maß der Berichtigung eines Planentwurfes hinausgehen.. Wir bitten jedoch um Verständnis, dass wir uns nicht dafür verantwortlich sehen, da die Verwaltung bereits in den letzten Jahren geäußerte Anregungen und Bedenken hinsichtlich der Priorisierung ignoriert.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

Anlage zu kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum Haushalt 2023/Stadt Leonberg:

- Umsetzung gefasster Beschlüsse, bevor neue Projekte geplant werden
- Abplanung beabsichtigter Projekte in der Größenordnung von 25 % des Ausgabevolumens; Auflistung der Förderung in Prozent und Euro sowie der Geltungsdauer der Förderung zwecks Priorisierung von Maßnahmen
- Ausbau des Gehweges entlang der Lindenstraße in 2023/2024
- Zuordnung des Referats von Mobilität zum Baudezernat
- keine 13 zusätzlichen/unbefristeten Personalstellen für die Kernverwaltung
- Prüfung/Vergleich/rechtliche Umsetzbarkeit Mitarbeitervergütungsmodelle mit Umlandkommunen
- Gesamtkonzept zur Straßenplanung
- kein zusätzliches Verkehrsmodell (100.000 €)
- keine bauliche Umgestaltung von Brennerstraße/Eltinger Straße, dort lediglich Radangebotsstreifen
- Flächennutzungsplan (ob, um wie viel und wo die künftige Entwicklung stattfinden soll)
- Teilortfeuerwachen , zeitliche Streckung der Baumaßnahmen
- Vermarktung städtischer Bauplätze am Heckenweg einschließlich Planungsrecht
- Drängen auf Umsetzung der Radwege in Richtung Glemseck und in Richtung Ditzingen
- Suche nach alternativen Möglichkeiten zur Raumeinsparung in der Kernverwaltung
- Weiternutzung des Alten Rathauses am Marktplatz als Verwaltungsstandort
- Alte Schuhfabrik: Offenlegung der Heizkosten (Stromverbrauch Kilowattstunden und Euro) in der Zeit von September 2021 bis April 2022, keine städtischen Mittel mehr investieren, dort keine Veranstaltungen planen
- sämtliche Fahrzeugbeschaffungen (einschl. Friedhofs-bagger): Sperrvermerk; zudem für

interessierte Gemeinderäte das Angebot der Besichtigung des Fuhrparks vor
Beschluss über die Ersatzbeschaffung

- Abplanung Beschaffung Anhänger mobile Geschwindigkeitsüberwachung
- keine Ausweitung des Referats für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in sächlicher, räumlicher und finanzieller Hinsicht, keine zusätzlichen medialen Modelle
- Nichtteilnahme am European Energy Award
- Überprüfung der Vergabe Landschaftspflege an Landwirte, sofern Einsparungspotenzial
- Abplanung Schmutzschleuse Elly-Heuss-Knapp-Kindergarten (S. 553)
- Abplanung Bau eines Büros für die mobile Jugendarbeit (S. 514)
- Sperrvermerk PV Anlage auf Interimskita Warmbronn (Seite 564)
- Sperrvermerk Winterdienst-Schüttgutsilo
- Seite 720 ff.: In 2023 sind umfassende Arbeiten an 5 Spielplätzen in der Stadt vorgesehen; hier nur Umsetzung von 2 Spielplatzerneuerungen, die restlichen in die Zukunft verschieben.
- Ortschaftsverwaltungen Höfingen und Gebersheim (Seite 114) Ersatzbeschaffungen Kaffeefullautomat: Planansatz auf jeweils 500 € festschreiben.
- Weswegen in 2023 erhöhter Aufwand für das Leasing von E- Fahrzeugen (Seite 122)? Üblicherweise sind Leasingsmodelle bei E-Fahrzeugen günstiger als bei Verbrennern. Hat die Stadt die sogenannte THG Prämie beantragt? Falls nein, nachholen.
- Weswegen müssen Bahnhofstraße 1 und Seestraße 2 in 2023 entwickelt werden (Investorenauswahlverfahren, Seite 31)? Hier nur Abbruch- und Entsorgungskostenuntersuchung, Rest aufschieben
- Weswegen wurde der Ansatz für städtische Gebäude hinsichtlich des Wasserverbrauchs und der damit einhergehenden Kosten um 54 % erhöht bzw. der des Abwasseranfalls um 47 %? Hier ist Erläuterung erforderlich.